

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Oktober 2018

TOP 1

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Oktober die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/in der Landesregierung zu wenden.

TOP 2

Die Fraktion DIE LINKE beantragt eine Aktuelle Debatte über die Programmreihe „ZDF@Bauhaus“. Darin präsentieren bekannte Künstler seit 2011 Akustik-Konzerte im Bauhaus in Dessau-Roßlau. Demnächst sollte die Band „Feine Sahne Fischfilet“ dort auftreten. Nun würden Landespolitiker versuchen, dies zu verhindern und damit eine Kampagne von AfD und Neonazis aufgreifen. Dies bedeute aus Sicht der Fraktion DIE LINKE einen geplanten Eingriff in die Programmhoheit des ZDFs und die Freiheit der Kunst und müsse im Landtag diskutiert werden.

TOP 3

Die Personalausstattung der Pflegedienste der Krankenhäuser spiegelt seit Langem den sogenannten Pflegenotstand wider. Die Bundesregierung geht derzeit von circa 50 000 fehlenden Pflegekräften aus, berichtet die Fraktion DIE LINKE. Sie bringt einen Antrag ein, durch den die Landesregierung unter anderem aufgefordert werden soll, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Feststellung des zukünftigen Pflegepersonalbedarfs auf Basis der Ermittlung des individuellen Pflegebedarfs der Patientinnen und Patienten abgeleitet wird und Pflegepersonaluntergrenzen für alle medizinischen Abteilungen und Stationen der Krankenhäuser festgelegt werden.

TOP 4

Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zum einen dafür sorgen, mehr Fachkräfte für Suchtberatungs- sowie Ehe-, Lebens-, Familien- und Erziehungsstellen zu gewinnen. Zudem soll das Blindengeld um 40 auf 360 Euro erhöht werden. Das Blinden- und Gehörlosengeld gleicht blinden und gehörlosen Menschen ihre durch die Behinderung bedingten Mehraufwendungen aus. Es ist nach seinem Zweck ein pauschaler Nachteilsausgleich, der unabhängig vom Einkommen geleistet wird.

TOP 5

Per Antrag der Fraktion DIE LINKE soll sich der Landtag zu einem würdigen Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 bekennen. Der Landtag soll allen Akteurinnen und Akteuren oder politischen Gruppierungen, die die Singularität dieses Menschheitsverbrechens in Abrede stellen oder dieses in anderer Form zu relativieren suchen, in dieser Form widersprechen. Zudem soll er sich dazu bekennen, aus diesem Teil der deutschen Geschichte verantwortliche Lehren für Gegenwart und Zukunft zu ziehen und gruppenbezogener Ausgrenzung, Stigmatisierung oder Diskriminierung entgegenzutreten.

TOP 6

(a) Nicht weniger als die sofortige Entlassung der Ministerin für Umwelt, Energie und Landwirtschaft fordert die AfD-Fraktion mit dem vorliegenden Antrag. Ihrer Ansicht nach sei Prof. Dr. Claudia Dalbert nicht geeignet, die Probleme in ihrem Aufgabenbereich zu lösen, als Beispiel nannte die Fraktion den Artenschutz. Gleichzeitig würden Unmengen an Geld ausgegeben, die in anderen Bereichen des Landes (Bildung) besser aufgehoben wären.

(b) Der Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung hat angeblich gegen die Landesverfassung verstoßen und soll deshalb ebenfalls von seinem Amt entbunden werden, fordert die AfD-Fraktion. Hintergrund sind die Geschehnisse um die „Bohrschlammgrube Brüchau“. Gleichzeitig soll Minister Prof. Dr. Armin Willingmann aufgefordert werden, der Öffentlichkeit alle der Landesregierung bekannten relevanten Dokumente und Gutachten zu der Thematik vorzulegen.

TOP 7

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt soll geändert werden. Die Landesregierung legt dafür einen Gesetzentwurf vor, wodurch es um Regelungen zur Finanzierung von Investitionen und zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs erweitert wird. Die Änderungen sollen am 1. Januar 2020 in Kraft treten. Ergänzend soll eine redaktionelle Korrektur erfolgen.

TOP 8

Ziel des Gesetzentwurfs der Landesregierung ist es, den Gemeinden eine gesetzliche Handlungsgrundlage einzuräumen, um gravierenden Wohnungsmisständen entgegenwirken zu können. Dadurch können die Gemeinden bei grundlegenden Mängeln des Wohnraums, erheblicher Verwahrlosung durch unterlassene Instandsetzungen oder bei Überbelegung einschreiten und erforderliche Maßnahmen anordnen. Der Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr empfiehlt dem Landtag unter Mitwirkung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration, den genannten Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 9

Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einige kommunalrechtliche Vorschriften ändern. Beispielsweise soll die bisher als Muss-Regelung ausgestaltete Pflicht der kommunalen Aufgabenträger zur Beitragserhebung im Bereich der leitungsgebundenen Einrichtungen zukünftig zu einer Kann-Regelung werden und den Kommunen mehr Spielraum geben.

TOP 10

Durch den sogenannten Pakt für den Rechtsstaat wurde auf Bundesebene eine Vereinbarung zwischen den die Regierung tragenden Fraktionen vereinbart, welcher zugleich auch Länderinteressen berührt und die Länder zu ausgewählten Fragestellungen in die Pflicht nehmen soll. Durch einen Antrag der Fraktion DIE LINKE soll dieses Bestreben durch den Landtag unterstützt werden. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, sich unverzüglich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ vorgesehenen Maßnahmen schnellstmöglich gemeinsam erörtert, ausgestaltet und umgesetzt werden.

TOP 11

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit einem Antrag für die Streichung des Verbots der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a StGB) ein. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, die bestehende Bundesratsinitiative der Länder Berlin, Hamburg,

Thüringen, Brandenburg und Bremen zur Streichung von § 219a Strafgesetzbuch zu unterstützen.

TOP 12

Auf Basis eines Antrags der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einen eigenen Beitrag für den Ausbau der Nutzung von Solarenergie in Sachsen-Anhalt als zentralen Bestandteil für eine erfolgreiche Energiewende zu leisten. Unter anderem sollen Dachflächen von Gebäuden auf Grundstücken im Eigentum des Landes bis zum 31. Dezember 2019 systematisch auf ihre jeweilige Eignung für die Nutzung durch Anlagen zur Gewinnung von Solarenergie geprüft und ein Solaranlagenkataster für landeseigene Grundstücke mit Unterstützung der LENA erstellt werden.

TOP 13

Die AfD-Fraktion will mit einem Antrag die Kompetenzen der regionalen Schulkonferenzen einschränken. Schulkonferenzen entscheiden derzeit nicht nur über innerorganisatorische Belange einer Schule, sondern auch welche Schulbücher verwendet und wie Schülerleistungen bewertet werden. Aus Sicht der AfD-Fraktion führe das zu einem uneinheitlichen Schulsystem, das schwer vergleichbar sei und daher geändert werden sollte.

TOP 14

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll der Landtag den subsidiären Schutz von Geflüchteten einschränken. Ihrer Meinung nach soll ein Mensch keinen Anspruch mehr auf subsidiären Schutz haben, wenn er/sie „in einem nicht kriegführenden Drittstaat oder in einer dauerhaft befriedeten Region seines Herkunftslandes Schutz gefunden hat oder dort Schutz finden könnte“. Außerdem spricht sich die AfD-Fraktion für die Kündigung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (konkret § 44) aus.

TOP 15

Die AfD-Fraktion beklagt, dass an einer Bildungswoche gegen Rassismus in Halle (März 2017) mindestens eine linksextremistische Gruppe teilgenommen habe. Die Bildungswoche wurde von der Initiative „Halle gegen rechts – Bündnis für Zivilcourage“ organisiert und von der Landeszentrale für politische Bildung mitfinanziert. Die AfD-Fraktion fordert, dass „Halle gegen rechts“ zukünftig nicht mehr gefördert wird und Fördergelder der vergangenen Jahre zurückgezahlt werden. Es könne nicht gewährleistet werden, „dass sie sich für die freiheitlich demokratische Grundordnung einsetzen“ würden.

TOP 16

„Kommunen entlasten – Sozialbetrug verhindern“ heißt ein Antrag der AfD-Fraktion. Demnach soll sich der Landtag dafür aussprechen, konsequent gegen organisierte Bandenkriminalität mit den Schwerpunkten Sozialbetrug und Urkundenfälschung vorzugehen. Der Antrag richtet sich vor allem gegen Menschen aus Rumänien und Bulgarien, von denen manche über die EU-Freizügigkeitsregelung nach Deutschland kommen und dann über eine „Scheinbeschäftigung“ Anspruch auf Sozialleistungen wie beispielsweise Hartz IV, Wohn- und Kindergeld haben.

TOP 17

Die AfD-Fraktion setzt sich per Antrag für ein bürgernahes Waffenrecht ein, konkret geht es darum, Sportschützen flexibler zu verwalten. Die Fraktion regt unter anderem an, dass bei

einer Verletzung der 12/18-Trainingseinheiten-Regel nicht automatisch von einem Wegfall des Bedürfnisses des Sportschützen ausgegangen werden sollte.

TOP 18

Mit einer Neuordnung von Laufbahn und Ausbildung der Gerichtsvollzieher in Sachsen-Anhalt beschäftigt sich der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion. Damit soll die Landesregierung aufgefordert werden, die Einrichtung eines eigenen FH-Studiengangs für Gerichtsvollzieher zu prüfen. Die derzeitig praktizierte Ausbildung an der Bayerischen Justizakademie sei nicht mehr zeitgemäß. In der Zwischenzeit solle das Land mit der FH Schwetzingen in Baden-Württemberg kooperieren.

TOP 19

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE vom Januar 2018 soll verhindert werden, dass durch den Anschein einer voreingenommenen Amtsführung im Hinblick auf spätere Karriereaussichten oder durch die private Verwertung von Amtswissen nach Beendigung des Amtsverhältnisses das Vertrauen der Allgemeinheit in die Integrität der Landesregierung beeinträchtigt wird. Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Landtag unter Mitwirkung der Ausschüsse für Inneres und Sport sowie für Recht, Verfassung und Gleichstellung, den genannten Gesetzentwurf abzulehnen.

TOP 20

Es sei absehbar, dass die Ausschöpfung der im Haushaltsentwurf 2019 vorgesehenen Ziele für den Lehrkräftebestand von insgesamt 16 400 Vollzeitäquivalenten mit der bisherigen Ausschreibungs- und Einstellungspraxis nicht erreicht werden wird, vermutet die Fraktion DIE LINKE. Sie bringt daher einen Antrag ein, um eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2018/2019 zu erreichen. Sie schlägt unter anderem die Einrichtung einer offenen Dauerausschreibung im Umfang von 500 Stellen auf dem Onlineportal des Landes vor.

TOP 21

Mit einem Antrag will die Fraktion DIE LINKE erreichen, dass den Naturwissenschaftlichen Sammlungen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) ein angemessener Rahmen gegeben wird. Die derzeitige Unterbringung der Sammlungen sei für die Präparate zum Teil schädlich, große Teile der Sammlungen könnten nicht angemessen oder gar nicht der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die Landesregierung soll beauftragt werden, gemeinsam mit der MLU für die Sicherung und Präsentation der Naturwissenschaftlichen Sammlungen ein Konzept zu erarbeiten.

TOP 22

Per Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, damit das Urteil des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt hinsichtlich der „Sonderversorgung der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei – ehemalige DDR – Berücksichtigung von Bekleidungs- und Verpflegungsgeld als Arbeitsentgelt“ im Interesse der Betroffenen umgesetzt wird. Die für die Antragsbearbeitung zuständige Polizeidirektion Nord sei mit Personal aufzustocken, damit eine zügige Bearbeitung der Überprüfungsanträge gewährleistet werden könne.